

Antisemitische Vorfälle in Niedersachsen 2025

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen

Impressum

Herausgeber

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Autor*innen

Katarzyna Miszkiel-Deppe,
Helge Regner

Lektorat

Britta Kollberg

Konzept, Redaktion, Grafik

RIAS Niedersachsen

Bildnachweis

Die Bildrechte verbleiben bei RIAS Niedersachsen, bagrut e.V., Christian Otto (Region Hannover), Tobias Landmann, Georg Hörnschemeyer (Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht).

Titelseite: He ist der fünfte Buchstabe im hebräischen Alphabet. Die Verwendung dieses Buchstabens in der grafischen Gestaltung der Titelseite soll anzeigen, dass es sich bei der vorliegenden Publikation um den fünften Jahresbericht von RIAS Niedersachsen handelt.

Eine Publikation der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen (RIAS Niedersachsen) in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Wir bedanken uns für die Unterstützung bei unseren Partnern und Förderern sowie bei unseren Spender*innen, die die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung und ihrer Projekte erst möglich machen.

Gestaltung: gegenfeuer.net

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**



Landespräventionsrat
Niedersachsen



landes-
demokratiezentrum
niedersachsen



Niedersächsisches
Justizministerium

4 Vorwort

7 Geleitwort

10 Antisemitische Vorfälle in Niedersachsen 2025

42 Der 7. Oktober als Zäsur und Referenzpunkt

54 Über RIAS Niedersachsen

58 Begrifflicher Rahmen und Kategorien

64 Datengrundlage

66 Kontakte und Angebote



- ▶ Der fünfte Jahresbericht von RIAS Niedersachsen markiert ein fünfjähriges Andauern kontinuierlicher Dokumentationsarbeit. Diese Entwicklung steht einerseits für die erfolgreiche Etablierung einer verlässlichen Monitoringstruktur. Andererseits verweist die anhaltende Notwendigkeit dieser Arbeit darauf, dass Antisemitismus in Niedersachsen weiterhin präsent ist. Die Erfassung antisemitischer Vorfälle ist damit nicht nur Ausdruck gewachsener Sensibilität, sondern auch ein Indikator für fortbestehenden Handlungsbedarf.

Der Bericht dokumentiert 672 antisemitische Vorfälle im Jahr 2025, was einem Durchschnitt von 13 Vorfällen pro Woche entspricht. Die Daten zeigen, dass die Nachwirkungen des 7. Oktober 2023 weiterhin einen signifikanten Einfluss auf das Aufkommen und die Sichtbarkeit antisemitischer Vorfälle haben. Jüdische Perspektiven aus Niedersachsen verdeutlichen, dass Anfeindungen, Bedrohungen und Formen sozialer Exklusion zum Alltag gehören. Neben den unmittelbaren Vorfällen wird dabei auch die ausbleibende Reaktion des Umfelds als besonders belastend

beschrieben. Die dokumentierten Fälle veranschaulichen sowohl die Vielfalt antisemitischer Erscheinungsformen als auch deren breite gesellschaftliche Verankerung.

Bereits in den 1970er Jahren wies Jean Améry darauf hin, dass sich Antisemitismus zunehmend in Formen des „Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus“ artikulieren werde. Wenige Jahre später beschrieb Vladimir Jankélévitch den Antizionismus als eine ideologische Verschiebung, die es ermögliche, antisemitische Ressentiments unter dem Deckmantel demokratischer Legitimität zu äußern. Diese Diagnosen haben bis heute nichts an Aktualität verloren. Vielmehr zeigt sich, dass antisemitische Narrative in öffentlichen Diskursen heute häufig unter dem Begriff des Antizionismus verbreitet werden. Nach Jankélévitch ist der Anti-Zionismus eine Art sprachlicher Trick, um den Antisemitismus zu rechtfertigen. Anti-Zionismus richtet sich dabei nicht abstrakt gegen einen Staat, sondern konkret gegen jüdisches Leben. Anders lässt sich kaum erklären, warum jüdische Personen und Einrichtungen Ziel von Angriffen werden oder jüdische Kinder und Jugendliche in Schulen bedroht werden.

Schließlich verweisen die dokumentierten Vorfälle auch auf eine zunehmende Präsenz geschichtsrevisio-nistischer Narrative. Dazu gehören Relativierungen der Schoa, Angriffe auf die Orte der Erinnerung oder jüdische Friedhöfe. Diese Entwicklungen sind als Teil einer Normalisierung antisemitischer Artikulationsformen zu verstehen.

Die im Bericht dokumentierten Vorfälle zeigen, dass Antisemitismus in Niedersachsen in unterschiedlichen Milieus und ideologischen Kontexten auftritt. Dazu gehören rechtsextreme Akteur*innen ebenso wie linksextremistische Zusammenhänge und islamistische Milieus. Vor diesem Hintergrund ist auch die Beobachtung von Bedeutung, dass antisemitische Narrative zunehmend anschlussfähig an unterschiedliche gesellschaftliche Milieus werden. Eine Konstellation, die Alain Finkielkraut als „ein monströses Amalgam“ beschreibt. Ein erheblicher Teil der gemeldeten Vorfälle ereignet sich in Milieus, die sich selbst als aufgeklärt, progressiv oder antirassistisch verstehen, an Hochschulen, in kulturellen Einrichtungen, in politischen Initiativen oder anderen aktivistischen Zusammenhängen.

Antisemitismus zeigt sich dabei nicht nur in seinen offen gewalttätigen Erscheinungsformen, sondern gerade in seinen alltäglichen, oft übersehenen Kontinuitäten. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Gedanke von Walter Benjamin besondere Aktualität: „Dass es ‚so weiter‘ geht, ist die Katastrophe.“ Die fortdauernde Präsenz antisemitischer Muster verweist somit weniger auf den Ausnahmezustand als auf eine problematische Normalität und macht deutlich, dass kritische Aufmerksamkeit dort ansetzen muss, wo diese Kontinuitäten als selbstverständlich erscheinen.

Katarzyna Miszkiewicz-Deppe

Leiterin der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus in Niedersachsen (RIAS Niedersachsen)



- ▶ Auch im Jahr 2025 ist spürbar, dass die Folgen des 7. Oktober 2023 nicht überwunden sind. Für viele Jüdinnen und Juden in Deutschland hat sich seitdem das Gefühl von Sicherheit, Selbstverständlichkeit und gesellschaftlicher Zugehörigkeit verändert. Umso wichtiger ist es, dass antisemitische Vorfälle nicht übersehen, relativiert oder aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt werden.

Viele Menschen in der jüdischen Gemeinschaft tragen seitdem nicht nur die Bilder der Gewalt, die Gedanken an die Opfer und die Sorge um die Geiseln in sich. Sie tragen auch das Gefühl, dass ihr Schmerz von zu vielen nicht wirklich gesehen wurde. Dort, wo Mitgefühl hätte sein müssen, gab es Relativierungen. Dort, wo klare Haltung notwendig gewesen wäre, herrschte Schweigen. Und dort, wo Solidarität erwartet werden durfte, zeigte sich Hass – auf der Straße, in sozialen Medien, an Universitäten, in kulturellen Räumen und mitten in der Gesellschaft.

Antisemitismus begegnet uns nicht nur in seinen lautesten und brutalsten Formen. Er lebt auch in den

Zwischentönen, in Ausflüchten, im Wegsehen, in der Verharmlosung, in der Verschiebung von Verantwortung. Er zeigt sich in Worten, Blicken und Stimmungen, die jüdisches Leben wieder zu etwas machen, das erklärt, verteidigt oder geschützt werden muss. Für Betroffene bedeutet das eine dauerhafte Anspannung.

Genau hier liegt die besondere Bedeutung der Arbeit von RIAS. Durch die sorgfältige Erfassung, Dokumentation und Einordnung antisemitischer Vorfälle entsteht nicht nur ein klares Bild der tatsächlichen Lage, sondern auch eine verlässliche Grundlage für gesellschaftliches und politisches Handeln. Diese Arbeit schafft Sichtbarkeit für Erfahrungen, die sonst allzu leicht unbeachtet blieben. Sie nimmt ernst, was Betroffene erleben, und trägt dazu bei, dass Antisemitismus als das erkannt wird, was er ist: eine konkrete Belastung für den Alltag, die Würde und das Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen.

Zugleich liegt in dieser Arbeit ein wichtiger konstruktiver Wert. Denn Dokumentation bedeutet nicht nur Feststellung von Missständen. Sie ist auch eine Voraussetzung dafür, Schutz zu verbessern, Sensibilität zu stärken und Verantwortlichkeiten klar zu benennen. Wo genau hingesehen wird, kann gezielter gehandelt werden. Wo Erfahrungen sichtbar werden, können Unterstützung, Prävention und Aufklärung wirksamer gestaltet werden. Damit leistet RIAS einen wesentlichen Beitrag dazu, dass jüdisches Leben in Deutschland nicht unter Vorbehalt stehen darf, sondern in Sicherheit, Würde und größtmöglicher Normalität gelebt werden kann.

Für die jüdischen Gemeinden ist dies von großer Bedeutung. Die Gewissheit, dass Vorfälle ernst genommen, benannt und in ihrem Zusammenhang verstanden werden, ist ein wichtiger Teil gesellschaftlicher Anerkennung und praktischer Solidarität. RIAS steht Betroffenen nicht nur durch ihre Arbeit zur Seite, sondern stärkt auch das öffentliche Bewusstsein dafür, dass der Schutz jüdischen Lebens eine gemeinsame Aufgabe ist.

Mein besonderer Dank gilt daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie allen Beteiligten, die diese verantwortungsvolle Arbeit mit Sorgfalt, Ausdauer und fachlicher Kompetenz leisten. Ihr Engagement hilft nicht nur dabei, antisemitische Entwicklungen sichtbar zu machen. Es trägt auch dazu bei, Bedingungen zu fördern, unter denen Jüdinnen und Juden in Deutschland ihren Alltag freier, sicherer und selbstverständlicher leben können.

Marina Jalowaja

Vizepräsidentin des Landesverbands der Jüdischen
Gemeinden von Niedersachsen K. d. ö. R.

Antisemitische Vorfälle in Niedersachsen 2025



Zusammenfassung

Im Jahr 2025 dokumentierte RIAS Niedersachsen insgesamt 672 antisemitische Vorfälle, was einem Durchschnitt von etwa 13 Vorfällen pro Woche entspricht. Damit erreichen die erfassten Fälle einen erneuten Höchststand in Niedersachsen. Die Daten zeigen, dass der 7. Oktober 2023 als Gelegenheitsstruktur wirkte, die antisemitische Artikulationen und Handlungen auf einem deutlich erhöhten Niveau stabilisierte. Die Verschärfung des arabisch-israelischen Konflikts führte bereits zuvor zu einem Anstieg antisemitischer Vorfälle auch außerhalb Israels. Im Unterschied zu früheren Eskalationsphasen, auf die in der Regel ein Rückgang der Vorfälle folgte, blieb ein solcher Rückgang gegenwärtig aus, stattdessen ist eine anhaltende Verstärkung zu beobachten. Das bedeutet, dass seit den Massakern der Hamas und ihrer Verbündeten nicht nur die israelische Bevölkerung, sondern Jüdinnen und Juden in der gesamten Welt, auch in Niedersachsen, mehr antisemitischer Gewalt ausgesetzt sind. Eine Entspannung der Situation ließ sich im Berichtszeitraum nicht feststellen. Vielmehr weisen die Entwicklungen auf eine Normalisierungstendenz sowie auf eine strukturelle Verfestigung antisemitischer Ausdrucksformen hin. Diese Entwicklung unterstreicht die Relevanz kontinuierlicher Präventions-, Beratungs- und Dokumentationsarbeit. Eingehende Meldungen oder bekannt gewordene Vorfälle werden von der RIAS-Meldestelle systematisch erfasst und ausgewertet. Für die Einordnung sind vor allem der Typ des Vorfalls, die betroffenen Personen, die antisemitische Erscheinungsform, der Ort der antisemitischen Tat oder Artikulation und der politisch-weltanschauliche Hintergrund entscheidend (vgl. Kategorien im Anhang S. 58).

Zu den **Vorfalltypen**: Das Ausmaß und die Intensität schwerwiegender antisemitischer Vorfälle blieben auf einem hohen Niveau. RIAS dokumentierte im Berichtszeitraum 2025 einen Fall extremer Gewalt und insgesamt 16 Angriffe. Zu den Angriffen zählen Vorfälle, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Zusätzlich wurden 22 Fälle in der Kategorie Bedrohung erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich ein deutlicher Anstieg gezielter Sachbeschädigungen (2025: 44; 2024: 31).

RIAS erfasste im Jahr 2025 insgesamt 190 Versammlungen als antisemitische Vorfälle. Diese bleiben somit ein bestimmender Faktor für das antisemitische Vorgeschehen in Niedersachsen. Stellt RIAS bei Versammlungen antisemitische Inhalte in Reden oder Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder Plakaten fest, so wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall registriert.

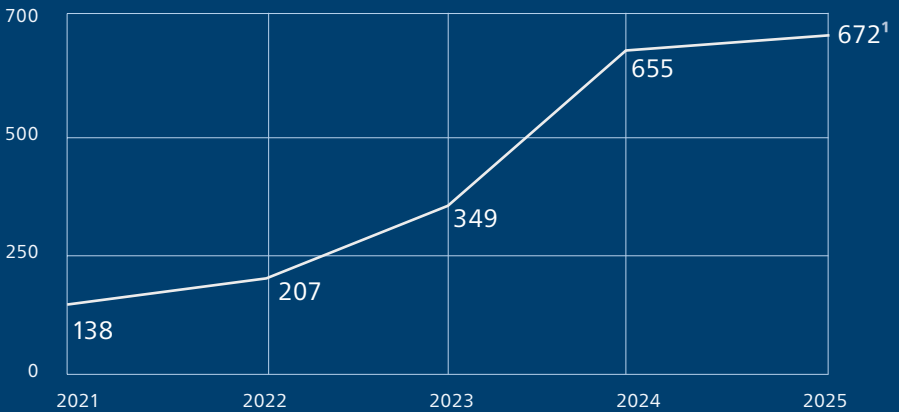
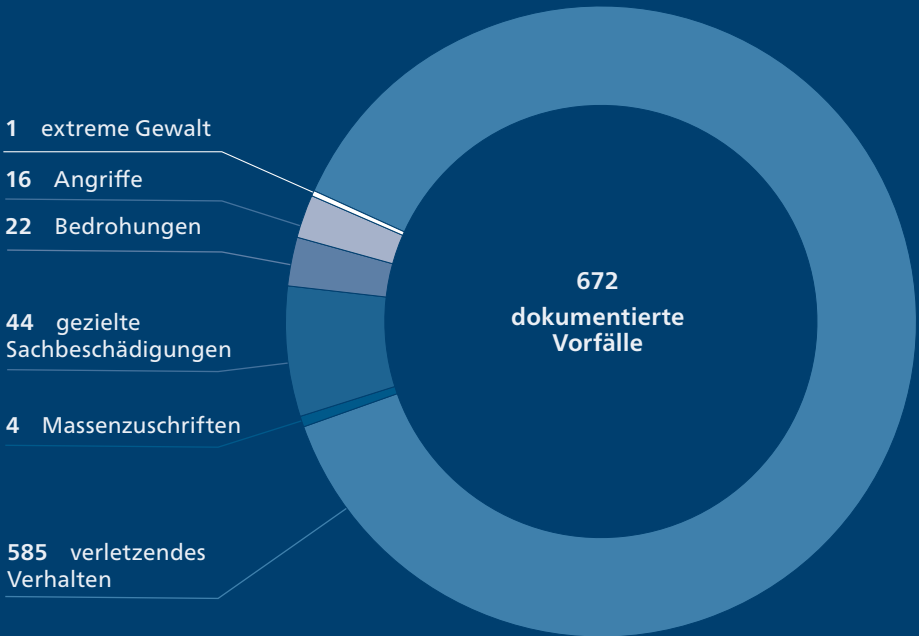
Betroffene: Im Jahr 2025 waren in Niedersachsen insgesamt 194 Personen von antisemitischen Vorfällen direkt betroffen. Gedenkstätten und Gedenkinitiativen stellen mit 57 Vorfällen den Großteil der insgesamt 98 betroffenen Institutionen dar. Nahezu verdoppelt hat sich die Zahl der Fälle (21), in denen jüdische Institutionen wie etwa jüdischen Gemeinden oder jüdische Friedhöfe betroffen waren.

Tatorte: Eine Steigerung war in den Kategorien ÖPNV (28 Vorfälle), Wohnumfeld (24 Vorfälle) und Arbeitsplatz (15 Vorfälle) zu beobachten, also an Orten, die Betroffene nur schwierig meiden können.

Erscheinungsformen: Die am häufigsten dokumentierte Form von Antisemitismus war im Jahr 2025 israelbezogener Antisemitismus mit 67 % (449 Fälle), gefolgt von Post-Schoa-Antisemitismus mit 41 % (275 Fälle). Mehrfachzuordnungen sind möglich.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Der politisch-weltanschauliche Hintergrund eines Vorfalls konnte in mehr als der Hälfte der Fälle eindeutig zugeordnet werden – in 43 % der Fälle war er unbekannt. Die meisten im Jahr 2025 dokumentierten Vorfälle, die sich einem Hintergrund zuordnen ließen, konnten dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden (2025: 29 %; 2024: 30 %); gefolgt vom rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Milieu (2025: 15 %; 2024: 12 %). Mit 99 Vorfällen wurde damit die bisher höchste Anzahl antisemitischer Vorfälle mit einem rechtsextremen Hintergrund seit dem Bestehen der Meldestelle verzeichnet.

Vorfälle



Unter den 672 dokumentierten Vorfällen im Jahr 2025 war ein Fall extremer Gewalt. Dazu zählen beispielsweise schwere Körperverletzungen, physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können. Außerdem wurden 16 Angriffe bekannt, darunter versteht RIAS Niedersachsen körperliche Angriffe oder Angriffsversuche. Weiter wurden 22 Fälle in der Kategorie Bedrohung registriert. Vorfälle dieser Art haben eine besondere Signalwirkung für Betroffene und können sich auf das Sicherheitsempfinden der ganzen Community auswirken.

585 aller dokumentierten Vorfälle fallen in die Kategorie verletzendes Verhalten. Darunter werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen, israelischen oder anderen Personen oder Institutionen gefasst. Zudem wurden in der Kategorie verletzendes Verhalten 190 Versammlungen sowie weitere Fälle im öffentlichen Raum wie Schmierereien (135 Fälle), Plakate oder Zettel (20 Fälle) und Aufkleber (35 Fälle) gezählt. Die hohe Zahl an Vorfällen, die der Kategorie Verletzendes Verhalten zugerechnet werden, macht deutlich, dass sich Antisemitismus in Niedersachsen weiterhin als niedrigschwelliges Alltagsphänomen äußert.

Gezielte Sachbeschädigungen, die sich gegen jüdische Einrichtungen, gegen das Eigentum von Jüdinnen und Juden oder gegen Gedenkort richteten, wurden insgesamt 44-mal dokumentiert (2024: 31). Weiter wurden vier Massenzuschriften, d.h. Zuschriften, die erkennbar an mehr als drei Empfänger*innen gesendet wurden, bekannt.

Es wurden insgesamt 90 Vorfälle dokumentiert, die online, etwa in Form von E-Mails oder Messenger-Nachrichten, getätigt wurden. Alle übrigen 582 Fälle fanden offline, also nicht im Internet statt. Hierzu zählen die antisemitischen Schmierereien, Versammlungen oder auch postalische Zuschriften. 105 der verzeichneten Offline-Vorfälle fanden außerdem im Rahmen einer direkten Begegnung von Angesicht zu Angesicht beispielsweise auf der Straße statt.¹

1 Dokumentierte Vorfälle inklusive Nachmeldungen. Nach dem Stichtag der Datenauswertung eingehende Vorfälle werden als Nachmeldungen im Folgejahr berücksichtigt.

Niedersachsen, diverse

Im Jahr 2025 wurden RIAS Niedersachsen mehrere Vorfälle gemeldet, bei denen versucht worden war, Personen israelische Flaggen zu entreißen. Solche Handlungen gehen mit körperlichen Übergriffen gegen den Willen der Betroffenen und einem Eingriff in deren unmittelbaren Besitz einher. Da das gewaltsame Entreißen meist unter Anwendung von Kraft oder Zwang erfolgt, wertet RIAS Niedersachsen diese Vorfälle als Angriffe.

In einem Fall schwenkte ein Demonstrant den Stab seiner palästinensischen Flagge so gezielt in Richtung des Kopfes einer meldenden Person, die gegen eine antiisraelische Versammlung protestierte, dass diese den Schlag abwehren musste. Danach entriss eine junge Frau mit Kufija der Person die Israelflagge und flüchtete. Bei einer israelsolidarischen Kundgebung in Hannover im April wurde versucht, einem Teilnehmer die Flagge samt Stange zu entreißen; dabei erlitt der Betroffene leichte Verletzungen an der Hand und die Fahnenstange wurde beschädigt. Kurze Zeit später kam es zu einem erneuten Versuch, die Flagge zu entreißen. Im Februar wurde einer Teilnehmerin einer Mahnwache für die

israelischen Geiseln in Göttingen angedroht, ihre Flagge herunterzureißen, wäre keine Polizei vor Ort. Derselbe Mann riss einer anderen israelsolidarischen Person die Mütze vom Kopf. In Hannover kam es im Mai zu zwei weiteren Versuchen unterschiedlicher Täter, einem Demonstranten die Flagge zu entwenden. Diese Vorfälle verdeutlichen, dass bereits das bloße Zeigen von Symbolen des jüdischen Staates aggressive Reaktionen bis hin zur Gewalt hervorruft.

Kategorisierung: Angriff, Israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Antiisraelischer Aktivismus

Hannover, April

Während einer Sitzung des Studierendenrats (StuRa) an der Universität Hannover wurden zwei als jüdisch bzw. israelsolidarisch bekannte Studentinnen bedroht. Die propalästinensische Studierendengruppe Students for Palestine hatte zuvor online wahrheitswidrig behauptet, sie sei von den Frauen und deren Freund*innen bedroht worden, und zur Mobilisierung zum StuRa aufgerufen. Vor Ort wurde mit dem Finger auf die beiden gezeigt. Zudem wurde die Drohung ausgesprochen, sie sollten „abwarten, was passiert“, sollten sie künftig an bestimmten Orten der linken Szene erscheinen. Nach der Sitzung umringte eine auf etwa 30 Personen angewachsene Gruppe die Frauen und rief Parolen wie „Kindermörder Israel“, „ihr wollt Genozid“, „Zionisten sind Faschisten“, „Antideutsche aufs Maul“ sowie „wir wissen, wo ihr wohnt“ und „wir werden die ganze Nacht die Nordstadt abfahren und euch suchen“. Als eine der Frauen sprechen wollte, wurde sie mit „Schnauze halten“ angeschrien.

Kategorisierung: Bedrohung, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Antiisraelischer Aktivismus

Braunschweig, Dezember

In der Friedrich-Wilhelm-Straße 1 in Braunschweig wurden Stolpersteine beklebt. Es handelte sich um einen Aufkleber der rechtsextremen Kleinpartei „Der III. Weg“ mit der Aufschrift „Terrorstaat Israel“.

Kategorisierung: Gezielte Sachbeschädigung,
Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Rechtsextrem



Gemeinde Lenne, April

Mehrere Fensterläden, Fenster und eine Holztür der Gedenkstätte „Lenner Lager“ wurden von Unbekannten beschädigt. Ab Frühjahr 1944 waren bei Eschershausen zahlreiche Lager entstanden, in denen KZ-Häftlinge, Strafgefangene und Zwangsarbeiter unter unmenschlichen Bedingungen für die Rüstungsproduktion arbeiten mussten. Die heutige Erinnerungsstätte im Landkreis Holzminden befindet sich im größten Zwangsarbeitslager des Komplexes.

Kategorisierung: Gezielte Sachbeschädigung, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Goslar, Juni

Nachdem sich die Stadt Goslar als Austragungsort der Jüdischen Kulturtage 2026 beworben hatte, äußerte eine Person im Kulturausschuss ihre Ablehnung mit der Begründung, angesichts des anhaltenden Krieges in Israel und Gaza sei dies nicht „die richtige Zeit und der richtige Ort für eine solche Veranstaltung“. Diese Argumentation, die das Handeln der israelischen Regierung pauschal mit jüdischer Kultur gleichsetzt, stellt eine Form Antisemitischen Otherings dar. Weiter erklärte die Person: „Was haben wir heute mit jüdischer Kultur zu tun? Eine Kultur, die sich allein aus einer Religion definiert, ist vielleicht ein bisschen anachronistisch.“ Diese Aussage blendet die jahrhundertealte jüdische Tradition in der Region aus. Zugleich wird eine dichotome Gegenüberstellung konstruiert: Einerseits eine vermeintlich autochthone, legitime deutsche Kultur, dort eine als fremd markierte jüdische Kultur, der damit die Berechtigung zur öffentlichen Präsenz abgesprochen wird.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antisemitisches Othering, Israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Politische Mitte

Niedersachsen, Juli

Auf dem Grundstück einer Privatperson wurden in einem öffentlich einsehbaren Schaukasten mehrere Aushänge angebracht. Darin wird Israel unter anderem durch den Vorwurf delegitimiert, einen „Apartheidstaat“ zu errichten. Die Aussagen werden einem nicht näher benannten Schoa-Überlebenden zugeschrieben, ohne dass eine überprüfbare Quelle angegeben wird.

Die dämonisierende Darstellung Israels als „Apartheidstaat“ setzt den jüdischen Staat mit dem ehemaligen südafrikanischen Apartheidregime gleich und spricht ihm somit das Existenzrecht ab.

Jüdische Nachbar*innen leben in unmittelbarer Nähe des Grundstücks. Sie berichteten, dass die wiederholte öffentliche Präsentation der Inhalte bei ihnen zu erheblicher Verunsicherung geführt habe. Infolge der Situation haben sie ihr Haus zum Verkauf angeboten.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Links/Antiimperialistisch



Betroffene Personen und Institutionen 2024 / 2025

Einzelpersonen



Institutionen



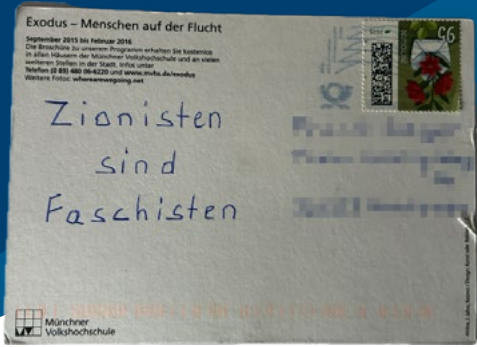
Im Jahr 2025 waren in Niedersachsen insgesamt 194 Personen von antisemitischen Vorfällen direkt betroffen.² Die Zahl liegt damit unter dem Wert von 2024 (218), jedoch weiterhin deutlich über dem Niveau des Jahres 2023 (122).

Die größte Betroffenengruppe bildeten, wie bereits im Jahr 2024, jüdische/israelische Einzelpersonen (64 Personen). Danach folgt mit 44 Personen die Gruppe derjenigen, die nicht oder nicht bekannterweise jüdisch/israelisch sind, aber entsprechend adressiert wurden. Dies ist beispielweise der Fall, wenn ein Polizist als „Jude“ beschimpft wird.

Bei den Vorfällen gegen nicht-jüdische Personen ist hervorzuheben, dass sich 21 Vorfälle gegen den niedersächsischen Antisemitismusbeauftragten richteten. Hintergrund hierfür ist eine im Vorjahr von ihm initiierte Social-Media-Kampagne gegen Antisemitismus. Die antisemitischen Kommentare unter einem Social-Media-Beitrag wurden hierbei in der Gesamtstatistik gebündelt als ein Vorfall erfasst.

Neben Einzelpersonen waren in 98 Fällen Institutionen unmittelbar betroffen. Besonders deutlich zeigt sich ein Anstieg bei Vorfällen, die sich gegen jüdische/israelische Institutionen wie jüdische Gemeinden oder jüdische Friedhöfe richten. Diese stiegen von 11 Fällen im Jahr 2024 auf 21 Fälle im Jahr 2025 an. Darüber hinaus wurden 57 Vorfälle an Gedenkstätten und Erinnerungsorten dokumentiert.

2 Betroffenenanzahl: In 152 Vorfällen waren insgesamt 194 Einzelpersonen betroffen. Die höhere Anzahl von Einzelpersonen rührt daher, dass in einem Vorfall gleichzeitig mehrere Personen von Antisemitismus betroffen sein können.



Niedersachsen, Juli

Ein Jude erhielt eine Postkarte der Münchener Volkshochschule zur Ausstellung „Exodus – Menschen auf der Flucht“. Auf die Rückseite war geschrieben worden: „Zionisten sind Faschisten“. Die Karte wurde an seine private Adresse geschickt, die nicht öffentlich bekannt ist.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Hannover, Juli

Eine jüdische Gruppe blieb im Rahmen einer Stadtführung am Schoa-Mahnmal stehen. Einige Personen waren durch Kippot oder gelbe Schleifen³ und offen getragene Davidsternketten als jüdisch erkennbar. Eine Passantin mit einer Kreuzkette trat an die Gruppe heran und begann, auf sie einzureden. Dabei sagte sie immer wieder in verschiedenen Variationen: „Denkt auch an Palästina ... denkt an die Kinder in Palästina.“ Auch nachdem die Gruppenmitglieder klargestellt hatten, dass sie Deutsche seien, adressierte die Frau die Gruppe weiterhin kollektiv mit „ihr“ und setzte sie somit unmittelbar in Bezug zum Staat Israel.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antisemitisches Othering, Israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

³ Internationales Symbol der Solidarität für die am 7. Oktober 2023 aus Israel entführten Geiseln.

Hannover, 28. Januar

In der Nacht wurden mehrere Blumenkränze auf dem Außengelände der Gedenkstätte Ahlem zerstört und gestohlen. Vertreter*innen der jüdischen Gemeinde, der Politik sowie von Opferverbänden hatten die Kränze anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktags an der „Wand der Namen“ niedergelegt. Die Polizei konnte den Täter im Nachgang mithilfe von Überwachungsbildern identifizieren. Im Oktober wurde ein 26-jähriger Neonazi für die Sachbeschädigung und den unerlaubten Besitz einer Maschinenpistole und von Munition zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.

Kategorisierung: Gezielte Sachbeschädigung, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Rechtsextrem



◀ Fotos: Region Hannover, Christian Otto

Hannover, Dezember

Social-Media-Beiträge im Rahmen einer Kampagne des Niedersächsischen Beauftragten gegen Antisemitismus wurden Ziel zahlreicher antisemitischer Kommentare. Die zum Ausdruck kommenden Motive decken alle von RIAS erfassten Erscheinungsformen ab. Ein Nutzer rief dazu auf, sich gegen Juden zur Wehr zu setzen, denn diese „wurden schon immer in der Zeitgeschichte vertrieben. Nicht Ohne Grund. Sie sind die Hölle auf Erden. Speichellecker der Juden Zionisten [sic]“. Ein anderer erklärte: „Seid 3000 Jahren lässt ihr die Welt nicht zu Ruhe kommen und hört endlich auf Unruhe unter der Völker dieser Welt zu Stiften punkt aus Ende [sic]“. Eine Person schrieb: „Jeder Jude, der sich nicht aktiv gegen die Verbrecher in Israel einsetzt, gehört zurück ins Jahr 1940.“ Zudem wurde der Verschwörungsmotus, demzufolge Jüdinnen und Juden die Welt beherrschen würden, verbreitet: „Juden regieren die Welt. Besonders Deutschland wird von den Jüdischen Amerikaner buchstäblich auseinandergenommen [sic].“

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antijudaistischer Antisemitismus, Antisemitisches Othering, Israelbezogener Antisemitismus, Moderner Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Bergen-Belsen, April

Gästebucheintrag in der Gedenkstätte Bergen-Belsen: „Passt auf euch auf! Der Krieg hat quasi damals schon angefangen, die Juden wollten ein jüdisches [sic] Staat in Palästina gründen, jetzt machen die Israelis dasselbe dort. Es herrscht VÖL-KERMORD und keiner unternimmt etwas. Aber wenn es um Juden und KZs geht, hat jeder Mitleid? Ja genau“.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Klasse 10D

Pass auf euch auf!

Der Krieg hat quasi damals schon angefangen, die Juden wollten ein jüdisches Staat in Palästina gründen, jetzt machen die Israelis dasselbe dort. Es herrscht VÖLKERMORD und keiner unternimmt etwas. Aber wenn es um Juden und KZs geht, hat jeder Mitleid? Ja genau

1

Zerstörte Plakate und Aufkleber, die an die israelischen Geiseln erinnern

Auch im Jahr 2025 wurde von RIAS Niedersachsen mehrfach das gezielte Überkleben, Beschmieren und Zerstören von Plakaten und Stickern dokumentiert, die an die am 7. Oktober verschleppten Geiseln erinnern. Die abgebildeten Motive stammen aus Göttingen und Oldenburg.



Erscheinungsformen 2024 / 2025

Mehrfache Zuordnungen
sind möglich.

Israelbezogener Antisemitismus



Post-Schoa-Antisemitismus



Antisemitisches Othering



Antijudaismus



Moderner Antisemitismus



Antisemitismus tritt in unterschiedlichen Erscheinungsformen auf, wobei sich viele antisemitische Aussagen und Handlungen nicht eindeutig nur einer Kategorie zuordnen lassen. Häufig bestehen Überschneidungen, wie etwa bei der Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus. Solche Motive werden sowohl dem Israelbezogenen Antisemitismus als auch dem Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet, da sie einerseits implizit Israel das Existenzrecht absprechen und andererseits die Schoa relativieren. Israelbezogener Antisemitismus trat oft in Verbindung mit anderen Erscheinungsformen auf. Fast zwei Drittel der entsprechenden Vorfälle (148) wurden zugleich dem Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet.

Die zweithöchsten Überschneidungen bestanden zwischen Israelbezogenem Antisemitismus und Antisemitischem Othering (68 Vorfälle). In diesen Fällen werden Jüdinnen und Juden etwa mit Israel gleichgesetzt und kollektiv für vermeintliche oder tatsächliche Taten des Staats verantwortlich gemacht.

Wie bereits im Vorjahr war der israelbezogene Antisemitismus mit 67 % (2024: 63 %) die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform. Er äußert sich vielfach in der Übertragung traditioneller antisemitischer Stereotype auf den Staat Israel. Der Post-Schoa-Antisemitismus (41 %) zeigte sich insbesondere in Formen der Täter-Opfer-Umkehr sowie in Relativierungen oder Leugnungen der Schoa (2024: 44 %).

Beim Antisemitischen Othering werden Jüdinnen und Juden als fremd oder nicht zur Gesellschaft gehörig dargestellt. Auch die Verwendung von „Jude“ als Schimpfwort gegenüber Personen oder Institutionen fällt in diese Kategorie. Solche Vorfälle machten 30 % der dokumentierten Fälle aus (2024: 32 %). Religiös motivierte Stereotype, die dem Antijudaismus zuzurechnen sind, wie etwa das Narrativ vom Ritualmord, wurden in 10 % der Fälle erfasst (2024: 9 %).

Fälle von Modernem Antisemitismus, der sich häufig in verschwörungsideologischen Deutungsmustern äußert, machten im Vergleich zum Vorjahr einen geringen Anteil aus (2025: 3 % 2024: 9 %).

Lüneburg, April

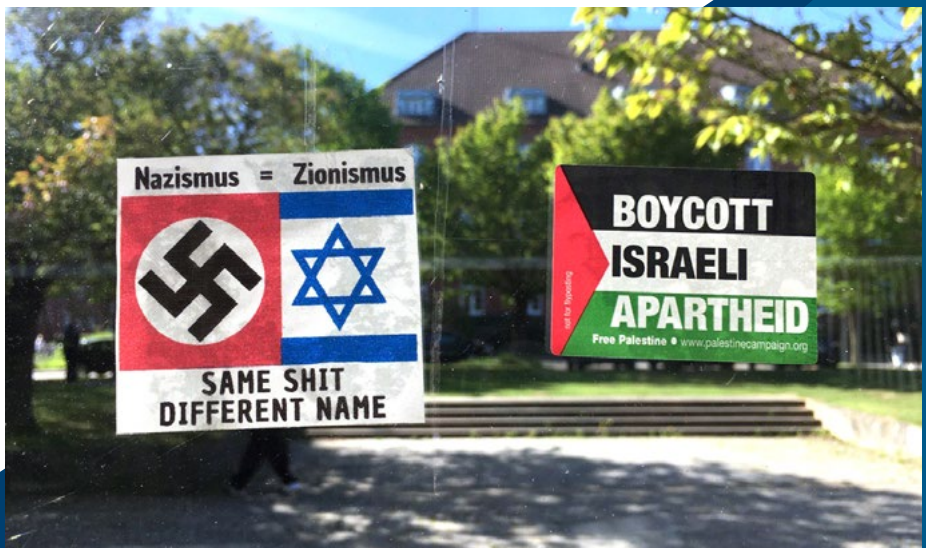
An einer Bushaltestelle der Leuphana Universität Lüneburg wurden mehrere antiisraelische Sticker angebracht. Einer der Aufkleber setzt die Hakenkreuzfahne mit der israelischen Flagge gleich und stellt Nazismus und Zionismus auf eine Stufe. Die Darstellung veranschaulicht eine im antiisraelischen Milieu verbreitete Gleichsetzung. Da der Nationalsozialismus in seinem Kern auf die vollständige Vernichtung aller Jüdinnen und Juden zielte, stellt ein solcher Vergleich eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr dar.

RIAS Niedersachsen stuft zudem Fälle, in denen der israelische Staat als Apartheidstaat oder die jüdische Souveränitätsbewegung als rassistische Ideologie bezeichnet werden, als antisemitische Vorfälle ein, da solche Zuschreibungen als dämonisierende Versuche gelten, die Legitimität des Landes zu untergraben.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

▽ Foto: bagrut e.V.



Niedersachsen, Februar

In einer Schule sagt ein Schüler zu einer jüdischen Schülerin: „Das, was in Palästina geschieht, ist genau das Gleiche wie damals, als die weißen Juden vergast wurden.“

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Braunschweig, August

Die Forschungsstelle Bet Tfila für jüdische Architektur an der TU Braunschweig zeigt im Foyer des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur ein Holzmodell der alten Synagoge von Hannover. Bereits wenige Tage nach dem Aufstellen wurde auf das Modell ein Kaugummi geklebt. Die Forschungsstelle betont, ihre Modelle würden seit rund 20 Jahren an verschiedenen Orten ausgestellt, ein vergleichbarer Vorfall habe sich bislang nicht ereignet.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Niedersachsen, Juni

Der Meldende befand sich im Rahmen eines langjährigen Dienstleistungsauftrags auf dem Grundstück eines Kunden. Dabei entwickelte sich ein Alltagsgespräch, in dem der Kunde mit Blick auf gestiegene Kraftstoffpreise sagte: „... und dann haben diese Juden die Spritpreise hochgetrieben, damit sie mal wieder ordentlich abkassieren können.“ Aufgrund des langjährigen Auftragsverhältnisses reagierte der Meldende zurückhaltend, betonte jedoch, dass diese Aussage nicht seiner Überzeugung entspricht und ihn solche Äußerungen stark belasten.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Moderner Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Osnabrück, Januar

In Osnabrück wurden das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus sowie eine dazugehörige Infotafel mit Farbe beschmier. Innerhalb der vergangenen drei Jahre wurde das Mahnmal damit zum dritten Mal beschädigt.

Kategorisierung: Gezielte Sachbeschädigung,
Post-Schoa-Antisemitismus

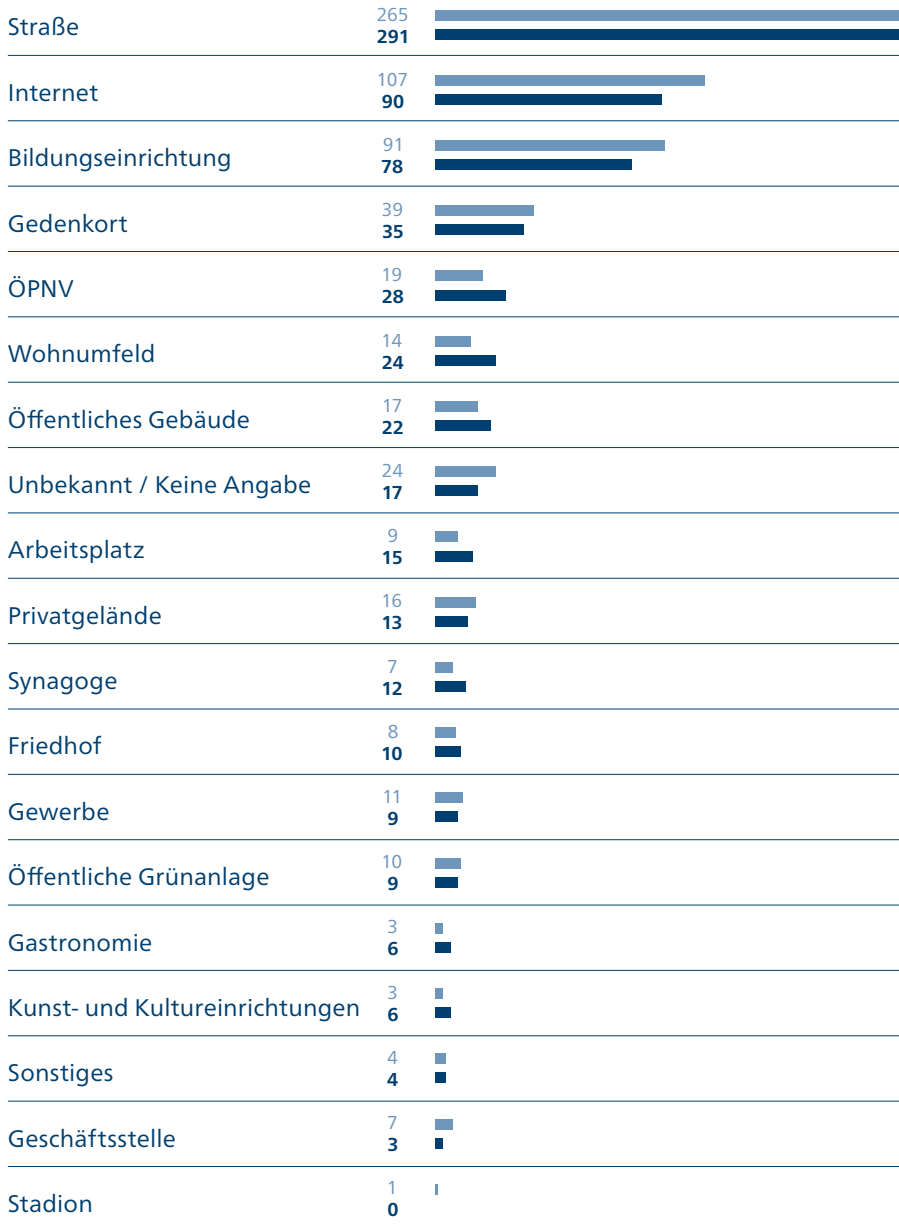
Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt


▽ Foto: Georg Hörnschemeyer, Gedenkstätten
Gestapokeller und Augustaschacht



Tatorte

2024 / 2025





Alltagsantisemitismus zeigt sich nicht nur in der hohen Anzahl von Vorfällen verletzenden Verhaltens, sondern auch in deren räumlicher Verortung. Die Analyse der Tatorte, also jener Orte, an denen antisemitische Handlungen stattfinden, verweist auf die strukturelle Alltäglichkeit antisemitischer Erfahrungen im Leben der Betroffenen. Antisemitismus ist für Jüdinnen und Juden potenziell in nahezu allen gesellschaftlichen Räumen präsent und nicht örtlich begrenzt. Ob im beruflichen Kontext, im privaten Umfeld oder an Orten jüdischen Lebens: Es existieren kaum Schutzräume, in denen Jüdinnen und Juden nicht mit antisemitischen Zuschreibungen oder Anfeindungen konfrontiert werden.

Im Jahr 2025 ereigneten sich die meisten Vorfälle wie im Vorjahr im öffentlichen Raum, insbesondere auf der Straße (2025: 291; 2024: 265). Die Vorfälle an Bildungseinrichtungen blieben mit 78 Fällen weiterhin auf einem hohen Niveau. Eine deutliche Zunahme war in den Kategorien ÖPNV (28 Vorfälle), Wohnumfeld (24 Vorfälle) und Arbeitsplatz (15 Vorfälle) zu beobachten. Antisemitische Vorfälle an diesen Orten können für Betroffene besonders belastend sein, da sie diese häufig nicht ohne erhebliche Veränderungen ihres Alltags meiden können. Vorfälle im Wohnumfeld haben dabei eine besondere Wirkung, weil sie das Sicherheitsgefühl an einem Ort erschüttern, der für Betroffene eine wichtige Funktion als privater Rückzugsraum erfüllt.

Die Folgen des 7. Oktober prägten auch im Jahr 2025 das gesellschaftliche Klima nachhaltig. Infolgedessen haben sich die Räume gesellschaftlicher Teilhabe sowie die Möglichkeiten öffentlicher Sichtbarkeit und Selbstverortung für Jüdinnen*Juden weiter verengt. Dazu gehört die Möglichkeit, die eigene jüdische Identität öffentlich und selbstverständlich zu leben, etwa durch das Tragen religiöser Symbole oder die Ausübung kultureller und religiöser Praxis. Ebenso betroffen ist die legitime Artikulation der eigenen Perspektive im öffentlichen Diskurs, zum Beispiel an Bildungseinrichtungen, ohne pauschale Delegitimierung oder Zuschreibungen zu erfahren. Darüber hinaus umfasst dies die soziale Anerkennung, die Teilhabe an gesellschaftlichen Debatten und das grundlegende

Gefühl, als gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft wahrgenommen, angesprochen und repräsentiert zu werden. Die antijüdische Besetzung öffentlicher Räume durch die Verbreitung von antisemitischen Narrativen und Symboliken führt letztendlich dazu, dass sich Jüdinnen*Juden zunehmend aus der Öffentlichkeit zurückziehen.

Hannover, Oktober

Am Freitagabend, kurz vor Beginn des Schabbat, ging eine Person an der Jüdischen Gemeinde vorbei und zeigte dabei den Hitlergruß. Die Polizei erteilte der Person einen Platzverweis. Während des Gottesdienstes steht aus Solidarität regelmäßig eine Person mit einer Israelfahne vor der Gemeinde.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Rechtsextrem



Jüdische Friedhöfe

RIAS Niedersachsen verzeichnet seit 2022 eine zunehmende Zahl an Vorfällen, die im Zusammenhang mit jüdischen Friedhöfen stehen. Für das Jahr 2025 wurden zehn Vorfälle bekannt (2024: 8); dabei handelte es sich zumeist um Schmierereien oder die Zerstörung von Grabsteinen. Im Januar wurde ein ausgedienter Weihnachtsbaum über das Tor des jüdischen Friedhofs an der Dedestraße in Oldenburg geworfen. Im Landkreis Rotenburg bemerkte im Februar eine Spaziergängerin auf dem jüdischen Friedhof im Wald „Kleine Ahe“ Beschädigungen an der Friedhofsumzäunung. Außerdem wurden Blumen aus einem Gedenkkranz gerissen, der anlässlich des Internationalen Tags des Gedenkens an die Opfer des Holocaust auf dem Friedhof abgelegt worden war. In Obernkirchen wurden im Oktober Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof beschädigt, während im nahegelegenen Rinteln einen Tag später mehrere Grab- und Gedenksteine umgestürzt und beschmiert wurden. Im November wurden Hakenkreuze in Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Cloppenburg geritzt.⁴

-
- 4 Werden bei den Beschädigungen keine Hinweise auf eine antisemitische Erscheinungsform und den politischen Hintergrund hinterlassen, werden sie als Antisemitisches Othing/Unbekannt klassifiziert. Wird wie im Vorfall in Cloppenburg etwa ein Hakenkreuz hinterlassen, wird der Vorfall durch diesen Hinweis als Post-Schoa-Antisemitismus/Rechtsextrem gewertet.

Niedersachsen, April

Der Meldende, der Kippa trägt und in dessen Fenster eine Chanukkia steht sowie eine Israelflagge hängt, wurde beim Verlassen seiner Wohnung von zwei Personen auf der anderen Straßenseite intensiv angestarrt und beschimpft. Er berichtete, dass es seit einem Jahr wiederholt zu Übergriffen wie nächtlichem Treten gegen die Tür, Klingeln und Schlägen auf die Fensterscheibe komme. Ein Radfahrer solidarisiert sich während des Vorfalls mit dem Meldenden und rief den beiden Personen „unerhört“ und ihm wohlwollend ein Schabbat Schalom zu.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antisemitisches Othering, Israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Hannover, April

Etwa 20 Minuten nach dem Beginn einer Veranstaltung zu israelbezogenem Antisemitismus betraten antiisraelische Aktivist*innen den Raum. Nach dem Vortrag der Referent*innen melden sie sich zu Wort und behaupten, es gäbe keinen Antisemitismus, insbesondere keinen israelbezogenen. Außerdem befänden Jüdinnen und Juden sich unrechtmäßig in Palästina. Da das Judentum ihrer Meinung nach nur eine Religion und kein Volk wäre, hätten sie kein Recht auf einen eigenen Staat. Das während dem Vortrag herumgereichte Buch der Referent*innen wurde von den Aktivist*innen gestohlen. Danach postierten sie sich etwa 45 Minuten lang am Ausgang der Aula. Die Referentin verließ den Saal mit Begleitschutz über einen Nebenausgang.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Antiisraelischer Aktivismus

Braunschweig, November

„Judesau“-Schmiererei an der Toilettenwand der Jungentoilette eines Gymnasiums.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Hannover, 14. Dezember

Während der offiziellen Chanukka-Feier von Chabad Hannover auf dem Opernplatz in Hannover rief eine dreiköpfige Gruppe Jugendlicher mehrfach „free, free Palestine“ sowie „fuck you Israel“. Zuvor hatten die Jugendlichen lautstark auf einem Klavier gespielt, offenbar um Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Anschließend liefen sie provokativ mit „free, free Palestine“-Rufen an der Bühne vorbei. Ordner der Veranstaltung verwiesen die Jugendlichen daraufhin des Platzes.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antisemitisches Othing, Israelbezogener Antisemitismus

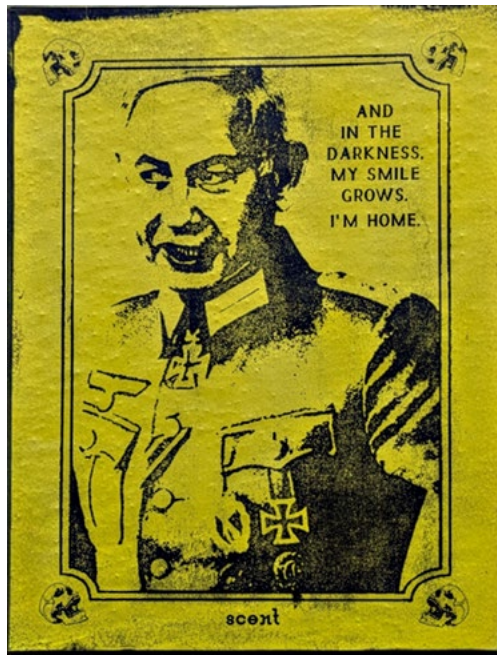
Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Oldenburg August

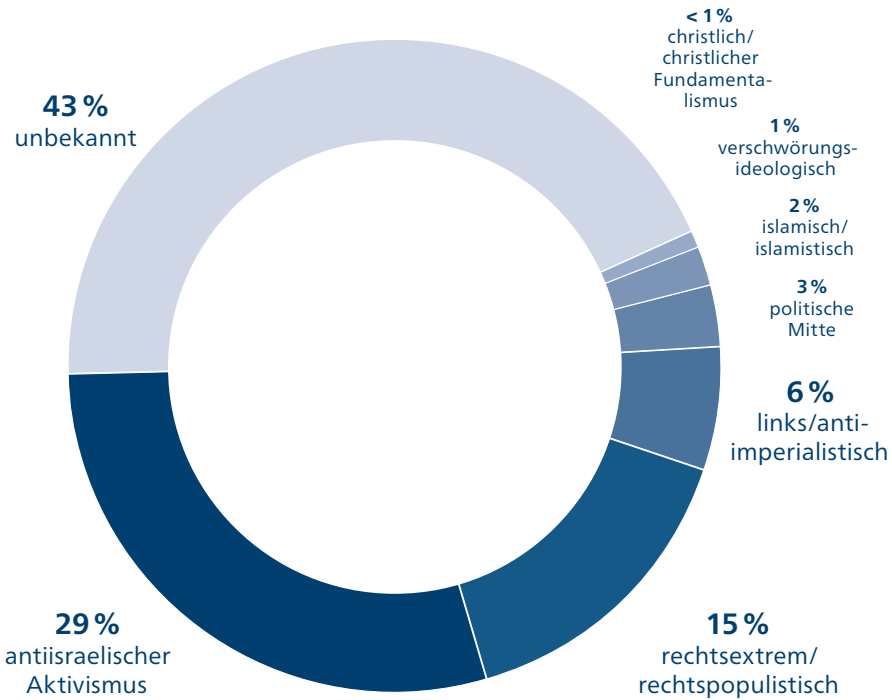
Insgesamt dreimal wurde ein Plakat verklebt, das den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu in Wehrmachtsuniform zeigt.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund



In mehr als der Hälfte der dokumentierten Vorfälle konnte ein politisch-weltanschaulicher Hintergrund eindeutig zugeordnet werden; in 43 % der Fälle war eine entsprechende Einordnung nicht möglich.

Der größte Anteil der Fälle, die einem Hintergrund zugeordnet werden konnten, entfiel im Jahr 2025 mit 29 % (198 Fälle) auf das Spektrum des antiisraelischen Aktivismus (2024: 30 %). An zweiter Stelle standen rechtsextrem bzw. rechtspopulistisch motivierte antisemitische Vorfälle mit 15 % (2024: 12 %). In absoluten Zahlen ist hier eine erneute Steigerung von 80 (2024) auf 99 (2025) Vorfälle und damit ein neuer Höchstwert zu verzeichnen. Vorfälle mit links- bzw. antiimperialistischem Hintergrund blieben mit 6 % (2024: 7 %) nahezu unverändert.

Göttingen, Juli

An der Universität Göttingen wurde durch die Gruppe „Students for Palestine Göttingen“ ein englischsprachiger Flyer verteilt. In diesem werden die militärischen Reaktionen Israels mit der nationalsozialistischen „Endlösung“ gleichgesetzt. Wörtlich heißt es: „What we witness is a transparent, and globally coordinated execution of Nazi tactic of ‚final solution‘ from the genocidal playbook, and here, to ethnically cleanse Palestinians out of Palestine.“

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

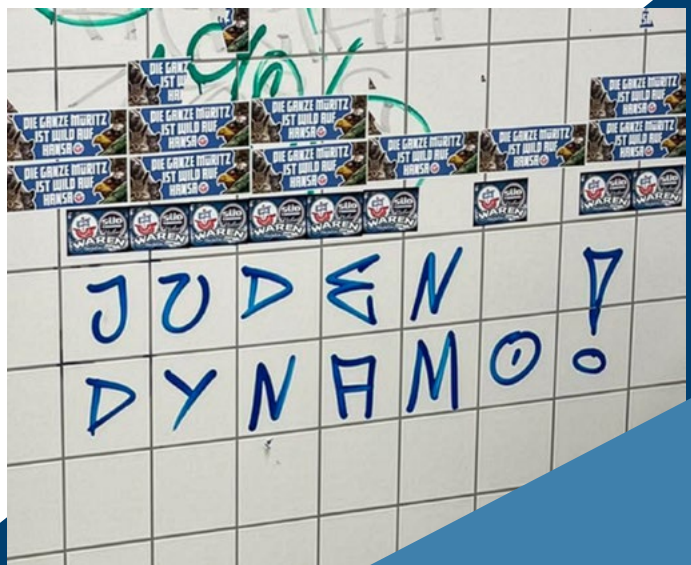
Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Hannover, August

An einer Wand einer öffentlichen Toilette wurde der Schriftzug „Juden Dynamo!“ angebracht.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt



Braunschweig, Dezember

Die meldende Person befand sich in der Straßenbahn, als sie ein Gespräch mithörte. Nachdem die Bahn losgefahren war, liefen einige Fußballfans noch auf den Gleisen vor der Bahn. Eine Person einer Gruppe von Eintracht-Braunschweig-Fans sagte: „Überfahr die doch einfach“, ein anderer: „solange es Juden sind.“ Die Gruppe lachte daraufhin.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antisemitisches Othing

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Unbekannt

Osnabrück, 22. November

Auf einer Demonstration der Gruppe „Hunafa“ wurde die Petition „Nie wieder Staatsrason“ des islamistischen Influencers Raimund Suhaib Hoffmann⁵ mit Flyern und Plakaten beworben. In der Petition wird Israel als „Kolonialprojekt“ und „Besatzungsregime“ bezeichnet, und von der Bundesregierung der sofortige Abbruch jeglicher Zusammenarbeit gefordert. Während der anschließenden Demonstration wurde auf einem Transparent erneut auf die Petition hingewiesen und es wurden mehrere Schahāda-Flaggen⁶ gezeigt.

Kategorisierung: Post-Schoa-Antisemitismus, Israelbezogener Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Islamisch/Islamistisch

Oldenburg, September

In mehreren Briefkästen wurde ein Flyer gefunden, in dem unter anderem Hitler als Agent von Freimaurern und

- 5 Raimund Suhaib Hoffmann fungierte bis zur deren Selbstauflösung als öffentliches Gesicht der Gruppe „Realität Islam“, die eine ideologische Nähe zur verbotenen Vereinigung „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) aufwies. Emil Mink (2025): Kader-Gruppen fürs Kalifat. Strategien und Organisationsformen der Hizb ut-Tahrir in Deutschland, <https://democ.de/artikel/kader-gruppen-f%C3%BCrs-kalifat-strategien-und-organisationsformen-der-hizb-ut-tahrir-in-deutschland>
- 6 Die Schahada-Flagge zeigt das islamische Glaubensbekenntnis („Es gibt keine Gottheit außer Gott und Mohammed ist sein Gesandter“) in weißer arabischer Schrift. Sie steht für den zentralen Glauben an die Einzigartigkeit Gottes und Muhammad als Propheten.

Zionisten beschrieben wird. Daneben finden sich eine Fülle weiterer Verschwörungsmymen, in denen das Phantasma einer vermeintlichen jüdischen „Weltregierung“ mit Schoa-relativierenden Motiven verknüpft wird. Um den absurden Anschuldigungen Glaubwürdigkeit zu verleihen, verweisen die Verfasser auf angebliche Belege aus Bibel und Talmud.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antijudaistischer Antisemitismus, Moderner Antisemitismus, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Verschwörungsideologisches Milieu

Braunschweig, 19. Juli

Auf einer von der Partei Die Linke, dem Friedensbündnis Braunschweig, der DKP, dem Palästina Bündnis Niedersachsen, dem SDS und der Linksjugend solid organisierten Demonstration wurde Israel durch die Betitelung, der „Inbegriff des Faschismus“ zu sein, dämonisiert. Durch die Behauptung, der jüdische Staat plane Konzentrationslager für Palästinenser*innen, wurde Israel mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Mit dem Vorwurf, ein „Kolonial-“ und „Apartheidstaat“ zu sein, wurden nicht konkrete politische oder militärische Handlungen der israelischen Regierung kritisiert, sondern Israel insgesamt als rassistischer Staat und damit als illegitim dargestellt. Zudem wurden die Parolen „Kindermörder Israel“ und „from the river to the sea, Palestine will be free“ skandiert. Erstere ist eine moderne und antiisraelische Variante der antijudaistischen Ritualmordlegende⁷. Die zweite zielt auf das Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer – also auf das gesamte Staatsgebiet Israels sowie Westbank und Gazastreifen. Für einen jüdischen Staat bleibt in dieser Wunschvorstellung kein Platz; die Parole kann daher als Forderung nach der Vernichtung Israels verstanden werden.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antijudaistischer Antisemitismus, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Links/Antiimperialistisch

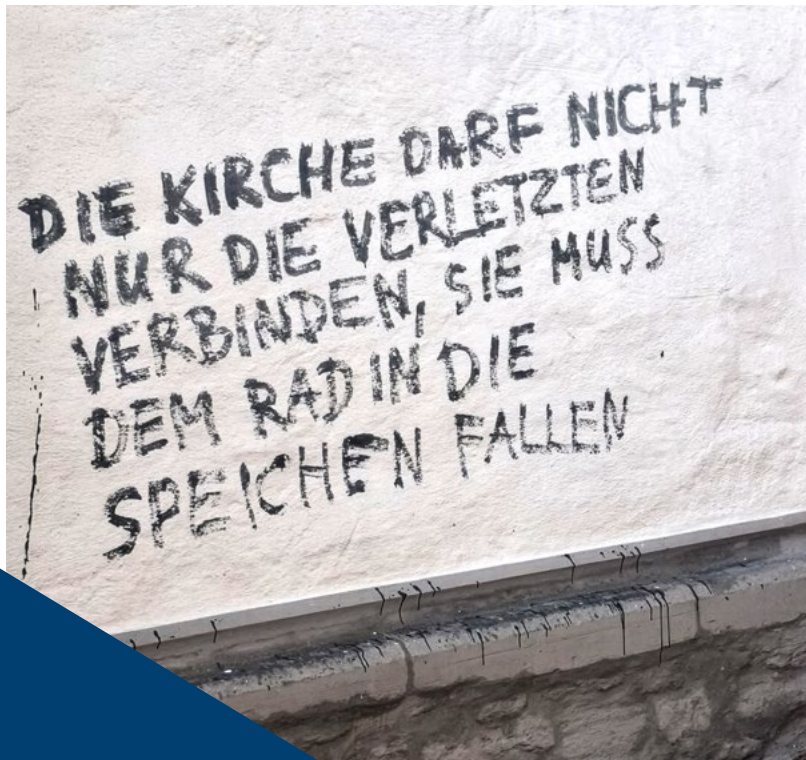
⁷ Der Mythos der Ritualmordlegende besagt, dass Jüdinnen und Juden heimlich nicht-jüdische Kinder entführen und ermorden würden, um ihr Blut für rituelle Zwecke zu missbrauchen.

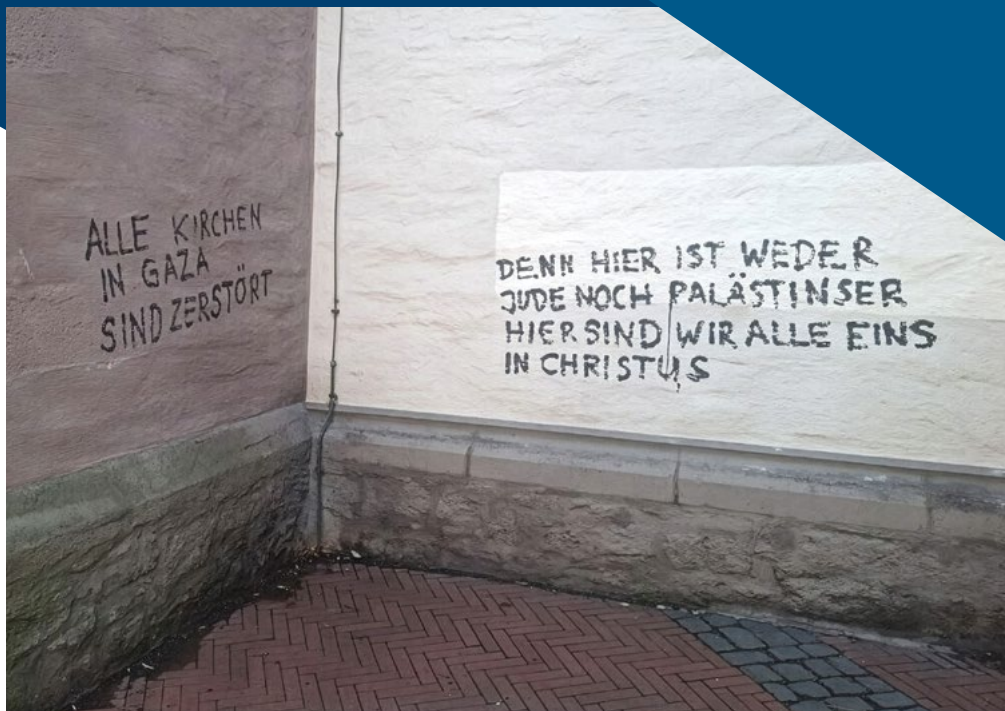
Göttingen, Juli

An die Wand der Jacobikirche in Göttingen wurden mehrere umgedeutete Bibelzitate, der Spruch „Free Palestine“ und ein umgedeutetes Zitat von Dietrich Bonhoeffer geschmiert. Bonhoeffer formulierte den Satz: „Die Kirche darf nicht nur die Verletzten verbinden, sie muss dem Rad in die Speichen fallen“ gegen die antisemitische Politik der Nationalsozialisten. In der Umdeutung des Satzes auf den israelisch-palästinensischen Konflikt wird Israel an die Stelle des Nationalsozialismus gesetzt.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, Antijudaistischer Antisemitismus, Israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund: Christlich/Christlicher Fundamentalismus





Der 7. Oktober als Zäsur und Referenzpunkt



Am 7. Oktober 2023 verübten die Hamas und andere Terrororganisationen gemeinsam mit Teilen der palästinensischen Zivilbevölkerung Massaker im Süden Israels. Während Antisemitismus in Niedersachsen bereits zuvor für Jüdinnen und Juden alltagsprägend war, verzeichnet RIAS seither einen deutlichen Anstieg, der auch im gesamten Jahr 2025 weiter anhielt. Das Ereignis markiert eine globale Zäsur und fungiert als Referenzpunkt: Es schuf eine Atmosphäre, in der Antisemitismus offener, häufiger und scheinbar legitim geäußert wird. Paradoxerweise wirkte die präzedenzlose Gewalt nicht abschreckend, sondern motivierte bereits vor der israelischen Militärintervention zu antisemitischen Taten gegen die jüdische Diaspora.⁸

Die am 7. Oktober verübten Massaker sind in ihrem Ausmaß und ihrem Grauen beispiellos in der israelischen und der jüdischen Post-Schoa-Geschichte. Diese beispiellose Gewalt wird durch antiisraelische Aktivist*innen in Niedersachsen seit über zwei Jahren öffentlichkeitswirksam legitimiert und glorifiziert. Beispielsweise, wenn die Massaker als „Ausbruch aus dem Gazastreifen“⁹ bezeichnet werden oder Palästinenser*innen die Pflicht zum Widerstand „mit allen Mitteln“¹⁰ zugesprochen wird. Gleichzeitig wird die Gewalt der Hamas gegen die Geiseln verleugnet, indem behauptet wird: „Israel hat durch Luftangriffe seine eigenen Geiseln ermordet“¹¹ oder, dass „[...] Israel eine ihrer Geiseln nach der anderen umbringt, [...] Israel ein Dreck an seinen Geiseln liegt [...]“¹². Die Opfer der Massaker werden so in aller Öffentlichkeit verhöhnt, und Jüdinnen und Juden wird mit solchen Aussagen ihr Recht auf Schmerz und Trauer abgesprochen.

8 vgl. RIAS Bund (2023): Monitoring – Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober, S. 4 f.

9 Demonstration von „Young Struggle Hildesheim“ und dem „Palästina Netzwerk Hildesheim“ am 08.10.25 in Hildesheim.

10 Demonstration von „Intifada Hannover“ am 03.05.25 in Hannover.

11 Demonstration der Organisationen „Deutsch-Palästinensischer Verein in Braunschweig e.V.“, „Handala Salzgitter“ und „Palästinensische Gemeinde Wolfsburg e.V.“ am 22.02.25 in Braunschweig.

12 Demonstration von „Intifada Hannover“ am 07.10.25 in Hannover.

Antisemitismus auf Versammlungen

Als besonders belastend werden von Jüdinnen und Juden die anhaltenden antiisraelischen Versammlungen wahrgenommen, da sie den öffentlichen Raum sichtbar markieren und prägen. Die hohe Frequenz und Präsenz dieser Demonstrationen in Niedersachsen führt dazu, dass öffentliche Räume als Orte mit erhöhtem Risiko antisemitischer Vorfälle wahrgenommen werden. Im Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis Ende 2025 hat RIAS Niedersachsen insgesamt 420 Versammlungen als Vorfälle erfasst, die im Kontext der Massaker in Israel und dem darauffolgenden Krieg stehen¹³ – durchschnittlich eine an jedem zweiten Tag.

Auf allen wurden Motive des israelbezogenen Antisemitismus dokumentiert, oft verschränkt mit weiteren Erscheinungsformen. Antijudaismus trat bei 20 % der Versammlungen auf, zum Beispiel durch die Bezeichnung Israels als „Feind Gottes“¹⁴ oder durch die Verwendung der Parole „Kindermörder Israel“. Letztere knüpft an die historische Ritualmordlegende an und gipfelte in der Behauptung einer Rednerin: „Israels Hauptexistenzgrund ist die Ermordung palästinensischer Kinder.“¹⁵ Zudem wurde wie in mittelalterlichen antijudaistischen Mythen behauptet: „Dorfbrunnen wurden durch das israelische Militär vergiftet.“¹⁶

Bezüge auf die Schoa wurden in 47 % der Versammlungen deutlich, etwa durch verharmlosende Vergleiche wie „Holocaust in Gaza“¹⁷ oder „israelische KZ[s]“¹⁸. Ein Redner erklärte gar: „Was wir in Gaza sehen, erinnert uns alle an die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte. Warschauer Ghetto als

13 187 der 420 Versammlungen fanden im Jahr 2025 statt.

14 Demonstration von „Intifada Hannover“ am 26.09.25 in Hannover.

15 Demonstration von „Intifada Hannover“ am 22.03.25 in Hannover.

16 Kundgebung von „Intifada Hannover“ am 14.05.25 in Hannover.

17 Demonstration von „Die Linke“, „Friedensbündnis Braunschweig“, „DKP“, „Palästina Bündnis Niedersachsen“, „SDS“ und „Linksjugend solid“ am 19.07.25 in Braunschweig.

18 Kundgebung von „Intifada Hannover“ am 08.03.25 in Hannover.

Beispiel.“¹⁹ Diese systematische Umdeutung und Neubesetzung von Begriffen und Täter-Opfer-Umkehr findet auch in Bezug auf den aktuellen Konflikt statt. Beispielsweise, wenn die israelischen Geiseln zu Kombattant*innen erklärt werden: „[...] das waren keine Geiseln. Die einzigen Geiseln, die es gab, sind die palästinensischen Geiseln.“²⁰

Die systematische Dämonisierung Israels und Entmenschlichung seiner Bürger*innen zeigt sich, wenn etwa vom „gewalttätigen israelischen Bastard“²¹ dem „Bluthund [...] des Westens“²² oder „von bestialischen Händen, die vom zionistischen Besatzungsregime gelenkt werden“²³, gesprochen wird. Wie bereits im Vorjahr²⁴ wurde auf einer Demonstration das Pogrom von Amsterdam, bei dem israelische Fußballfans durch die Stadt gejagt wurden, glorifiziert. Der Redner bezeichnete die Fans als „Pack von Verbrechern“, denen „man mit der Faust die Antwort gegeben“ habe.²⁵ Trotz der offen gewaltverherrlichenden Sprache wähnt man sich „auf der richtigen Seite der Geschichte“²⁶ und argumentiert aus einer vermeintlich moralisch überlegenen Position.

Im Fokus der Versammlungen steht häufig nicht das humanitäre Leid der Zivilbevölkerung, sondern verbale Angriffe gegen den israelischen Staat: „Einen Waffenstillstand, dafür ist es zu spät. Dafür seid ihr zu spät. Und es muss klar und deutlich um Befreiung gehen. Befreiung vom faschistischen Zionismus in

19 Demonstration des „Palästinensische Gemeinde Wolfsburg e. V.“ am 24.05.25 in Wolfsburg.

20 Demonstration von „Intifada Hannover“ am 18.10.25 in Hannover.

21 Demonstration von „Intifada Hannover“ am 22.11.25 in Hannover.

22 Demonstration „Zivilgesellschaft für Gerechtigkeit“, „Zaytoun Göttingen“ und „Students for Palestine Göttingen“ am 25.07.25 in Göttingen.

23 Demonstration von „Intifada Hannover“ am 18.10.25 in Hannover.

24 Demonstration von „Intifada Hannover“ am 09.11.24 in Hannover.

25 Demonstration von „Hunafa“ am 26.04.25 in Osnabrück.

26 Kundgebung von „Intifada Hannover“ am 05.04.25 in Hannover.

Palästina“²⁷, verkündete etwa eine Rednerin. Nach der Bericht-
erstattung über Morde der Hamas an der palästinensischen
Bevölkerung kommentierte eine Rednerin dies mit: „Haltet
eure Fresse, verdammt!“ denn „[d]as einzige, was es gibt, ist
die Terrororganisation Israel, die palästinensischen Verräter
[sic] und Kollaborateure dafür bezahlt, ihre eigenen Leute
umzubringen.“²⁸ Hier zeigt sich das instrumentelle Verhältnis
der Protestierenden zur Zivilbevölkerung in Gaza, deren Leid
lediglich betont wird, wenn es der Dämonisierung Israels dient.
Das auf den Versammlungen präsentierte Weltbild ist gekenn-
zeichnet von einem manichäischen Blick auf den Konflikt, der
mit Bildern des traditionellen Antisemitismus angereichert
wird. So erklärt ein Redner: „Auf der einen Seite sind Men-
schen mit einem Herz, mit Gerechtigkeitssinn, mit Empathie,
mit Menschlichkeit. Auf der anderen Seite sind die Elite, Blut-
aussauger, Vampire, Betrüger und Lügner. Zwei Gesellschaf-
ten, die gerade gegeneinander kämpfen.“²⁹ Vermeintlich
Unterdrückte und Unterdrücker werden hier zu homogenen,
in sich widerspruchslosen und einander entgegenstehenden
Kategorien.

Antisemitismus dient auf den Versammlungen als Brücken-
ideologie zwischen islamistischen, palästinensisch-nationa-
listischen und antiimperialistischen bzw. postkolonialen Nar-
rativen. Der postkoloniale Einfluss zeigt sich am stärksten im
gegen Israel gerichteten Vorwurf, ein Kolonial- oder Apart-
heidstaat zu sein: „Israel ist nichts als ein Haufen von Terroris-
ten, die versuchen Palästina zu kolonialisieren und dann durch
Apartheid und Genozid alles tun, um eine indigene Bevöl-
kerung auszumerzen.“³⁰ Die Begriffe dienen als Mittel der
Denunziation und Skandalisierung, denn Israel soll als in sei-
ner Essenz unterdrückerisch und illegitim klassifiziert werden.

27 Demonstration von „Die Linke“, „Friedensbündnis Braunschweig“, „DKP“,
„Palästina Bündnis Niedersachsen“, „SDS“ und „Linksjugend solid“ am
19.07.25 in Braunschweig.

28 Demonstration von „Intifada Hannover“ am 18.10.25 in Hannover.

29 Demonstration von „Hunafa“ am 21.06.25 in Osnabrück.

30 Kundgebung von „Intifada Hannover“ am 08.03.25 in Hannover.

Gleichzeitig wird Israel vorgeworfen, es könne nur als *Unstaat*, durch die Unterdrückung eines autochthonen Volkes existieren – ein Rückgriff auf das Stereotyp des „parasitären“ Judentums. Der Kolonialismus-Vorwurf negiert den jüdischen Bezug zum Land Israel, spricht ihm die Existenzgrundlage ab und gipfelt in der Forderung an die Israelis: „Das einzige Recht ist ihr Recht ihre Koffer zu packen.“³¹ Das Narrativ dient auch der Rechtfertigung von Gewalt gegen die israelische Zivilbevölkerung, wenn davon gesprochen wird, dass Israelis kein Recht besäßen, „Festivals auf gestohlenem Land“³² durchzuführen. Immer wieder bezog man sich auf den Versammlungen positiv auf die islamistische Hamas oder ihre Vertreter und verherrlichte deren Taten. So erklärte eine Rednerin, sie „sehe [...] es nicht mehr ein, dass“ man sich ins „Unermessliche zensieren“ müsse, und rief: „Hamas, Hamas, Hamas, Hamas Izz ad-Din al-Qassam! Lang lebe der Widerstand!“³³ Auf den Versammlungen wurde außerdem regelmäßig durch das Anstimmen der Schahada, des islamischen Glaubensbekenntnisses, sowie den Ausruf „Takbir! Allahu akbar“³⁴ ein Bezug auf islamische Traditionen bemüht.

31 Kundgebung von „Intifada Hannover“ am 08.03.25 in Hannover.

32 Kundgebung von „Intifada Hannover“ am 08.03.25 in Hannover. Die Rednerin bezieht sich hier auf das Supernova-Festival, das am 7. Oktober durch die Hamas angegriffen wurde.

33 Kundgebung von „Intifada Hannover“ am 26.04.25 in Hannover. Die Rednerin bezieht sich hier auf die Qassam-Brigaden, den militärischen Arm der islamistischen Terrororganisation Hamas.

34 Demonstration von „Intifada Hannover“ am 01.02.25 in Hannover. Takbir bezeichnet den Ausruf der Formel „Allahu akbar“ (Gott ist [am] größten). Im Islam dient die religiöse Formel als Lobpreisung Gottes und findet im Gebet wie auch als Ausdruck von Freude oder Ehrfurcht Verwendung.

Feindmarkierung und Drohkulissen: Antisemitismus im öffentlichen Raum

Die antisemitische Raumnahme zeigt sich auch in der massiven Verbreitung antisemitischer Narrative durch Sticker, Plakate und Schmierereien. Besonders in Göttingen wurden 2025 Teile der Stadt in kurzen Intervallen systematisch mit entsprechenden Parolen markiert.³⁵ Ein Vorfall richtete sich gegen die SPD-Parteizentrale: Neben mit Steinen eingeworfene Fensterscheiben wurden die Parolen „Zionisten töten“ und „SPD Kindermörder“ sowie rote Dreiecke³⁶ an die Fassade gesprüht. Hier verbindet sich die symbolische Feindmarkierung des Raumes unmittelbar mit physischer Gewalt.

Das hier dokumentierte Feindbild „Zionismus“ war in Niedersachsen 2025 in Sprechchören auf Versammlungen, als Schmiererei oder auf Stickern allgegenwärtig. Antiisraelische Aktivist*innen verwenden den Begriff „Zionismus“ vollständig losgelöst von seiner historischen und politischen Bedeutung. Zionismus bezeichnet die jüdische Souveränitätsbewegung, die als Reaktion auf Antisemitismus entstand und das Ziel verfolgte, Jüdinnen und Juden Sicherheit in einem eigenen Staat zu ermöglichen. In den dokumentierten Vorfällen fungiert „Zionismus“ stattdessen als Chiffre für „das absolut Böse“ oder wird direkt mit Faschismus oder Nationalsozialismus gleichgesetzt. Etwa wenn der erste Zionistenkongress 1897 in Basel als „das nationalsozialistische

35 „Free Gaza“ oder „Rote Dreieck“-Schmierereien werden ohne weiteren Kontext von RIAS nicht als antisemitische Vorfälle aufgenommen. Die Dokumentation bildet daher nur einen kleinen Ausschnitt der tatsächlichen antiisraelischen Schmierereien ab. Derartige Symbole haben jedoch eine beträchtliche Signalwirkung für Betroffene.

36 Rote Dreiecke dienen seit dem 7. Oktober 2023 als Symbol, das vor allem im Kontext des Nahostkonflikts verwendet wird. Es steht primär für die Unterstützung der Hamas und die Kennzeichnung von (Angriffs-)Zielen, wird vereinzelt jedoch auch auf den roten Teil der palästinensischen Flagge zurückgeführt. Vgl. Democ (2024): Was steckt hinter dem roten Dreieck? 10. Juni 2024, https://democ.de/zsg_blogindex/das-rote-dreieck-hamas-pal%C3%A4stina-israel/.



Treffen der Juden“³⁷ bezeichnet oder zur Befreiung der Welt vom Zionismus aufgerufenen wurde: „Der Zionismus ist ein Kriegsgeschwür [sic]. Der Zionismus ist ein Angriff auf die Menschenrechte. Der Zionismus ist alles, was falsch ist mit dieser Welt. Und der Zionismus ist das, wogegen wir alle kämpfen sollen, wenn die Welt nicht handelt, dann sind wir als Nächstes dran.“³⁸

Hier ist eine Verrohung der Sprache zu beobachten, etwa durch den zahlreich verbreiteten Appell „Zionisten töten“. Die Parole, die als Mordaufruf verstanden werden kann, schafft eine Drohkulisse, wie aus der Meldung eines Studenten aus Göttingen deutlich wird. Beim Eintreffen an der Universitätsbibliothek sah er auf der Glasfront des Hauses die Aussage „ZIOS TÖTEN“ und das rote Hamas-Dreieck. Er schilderte, für

³⁷ Demonstration von „Hunafa“ am 21.06.25 in Osnabrück.

³⁸ Demonstration von „Intifada Hannover“ am 31.05.25 in Hannover.

ihn sei es beunruhigend gewesen, so etwas am Tag nach dem antisemitischen Anschlag in Sydney³⁹ zu sehen. Derartige Parolen können ein Klima der Angst auf dem Campus oder an anderen öffentlichen Orten erzeugen und Debattenräume faktisch autoritär verengen.

Die willkürliche Bezeichnung „Zionist“ dient oft als Versuch, antisemitische Ressentiments zu verschleiern. Die Existenz und Sicherheit des Staates Israel hat für viele Jüdinnen und Juden weltweit eine besondere Bedeutung – sei es durch familiäre, freundschaftliche oder andere biografische Bezüge. Zur ohnehin gestiegenen antisemitischen Bedrohungslage in Deutschland tritt vielfach die Sorge um Angehörige und Freund*innen in Israel hinzu. Ein positiver Bezug auf Israel und den Zionismus ist darum häufig Teil der jüdischen Identität.

39 Bei einem Terroranschlag auf eine Chanukka-Feier am Bondi Beach am 14. Dezember 2025 in Sydney wurden 15 Menschen getötet und zahlreiche Personen verletzt.

Feindbild Zionismus

Das Feindbild „Zionismus“ prägte in Niedersachsen 2025 vielfach das Straßenbild. Im Vorjahr war die feindliche Bezugnahme auf den Zionismus und Zionist*innen zwar bereits existent, 2025 trat sie quantitativ jedoch deutlich häufiger auf. Auch qualitativ war eine Radikalisierung zu beobachten. Häufiger wurde jetzt dazu aufgerufen, Zionist*innen zu „jagen“ oder zu „töten“. Die abgebildeten Schmierereien stammen aus Oldenburg, Hannover und Göttingen.



Das Milieu des antiisraelischen Aktivismus betont zwar häufig, lediglich den „Zionismus“ und nicht das Judentum zu kritisieren, in der Praxis erweist sich diese Trennung jedoch als hin-fällig. Dies zeigt ein Vorfall auf der Herrentoilette der Universitätsbibliothek Oldenburg: Dort wurde auf einem Pride-Sticker ein Davidstern durchgestrichen und daneben „Love Jews. Hate Zionism!“ geschrieben.

Da der Davidstern das zentrale Symbol des Judentums ist, richtete sich die Aggression faktisch gegen die jüdische Identität als Ganzes. Hier wird israelbezogener Antisemitismus als Umwegkommunikation sichtbar und wirkt verschränkt mit LGBTQI-Feindlichkeit. Wie brüchig die behauptete Trennung ist, zeigt sich auch, wenn wie in Hannover „Jeder Zionist ist ein Nazi“ an Häuser geschmiert wurde, in denen Jüdinnen und Juden leben. In Hannover geschah dies im vergangenen Jahr innerhalb eines Monats zweimal.



Folgen: Normalisierung, Isolation und Rückzug

Die permanente Wiederholung antisemitischer und antiisraelischer Parolen im öffentlichen Raum führt zu einer schrittweisen Normalisierung und Hegemonialisierung. In der Debatte über antiisraelische Akteure wird zuweilen der Eindruck vermittelt, dass sich hier pro- und antiisraelische Gruppen gegenüberstünden und es zu wechselseitigen Konfrontationen komme. Aus Sicht vieler Betroffener entspricht dieses Bild jedoch nicht der Realität. Während antiisraelische Versammlungen und Parolen den öffentlichen Raum dominieren, werden jüdische Positionen immer mehr unsichtbar. Diese Entwicklungen führen zu einem Gefühl der Isolation sowie zu der Wahrnehmung, dass Empathie gegenüber jüdischen Perspektiven sowie die öffentliche Empörung selbst über schwere antisemitische Vorfälle zunehmend ausbleiben. Jüdinnen und Juden beschreiben ein Gefühl der pausenlosen Konfrontation mit dem Thema, dem man sich kaum entziehen könne. Die Reaktion hierauf ist der Rückzug vieler Betroffener aus der Öffentlichkeit.

Über RIAS Niedersachsen



Im Frühjahr 2020 entwickelte sich aus der Offensive gegen Antisemitismus der Landeshauptstadt Hannover heraus eine Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover. Sie wurde kommunal gefördert und war bis zum 31.12.2020 an der Hochschule Hannover angesiedelt. Aus dieser Einrichtung ging im Oktober 2020 RIAS Niedersachsen hervor, um die Arbeit auch über Hannover hinaus fortzuführen. RIAS Niedersachsen befindet sich in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung und arbeitet eng mit dem Bundesverband RIAS e.V. zusammen.

Ein wichtiges Ziel der RIAS-Gründung war die Verbesserung des Meldeverhaltens, um das Ausmaß und die Formen von Antisemitismus im Alltag sichtbar zu machen und darauf aufbauend Präventions- und Bildungsangebote zu konzipieren. Dies verlangt eine spezifische Forschungsperspektive, die es ermöglicht, die Formen des Alltagsantisemitismus auf verschiedenen Ebenen zu erfassen.

Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle

Hinweise auf antisemitische Vorfälle jeglicher Art in Niedersachsen werden durch RIAS direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de entgegengenommen, erfasst und kategorisiert. Eine Meldung ist auch per E-Mail, Telefon sowie über eigene Netzwerke möglich. Die dokumentierten Fälle bedürfen häufig einer wissenschaftlichen Analyse, um ihren antisemitischen Gehalt sichtbar zu machen. Dies hängt mit einer Besonderheit des Phänomens zusammen: der Gleichzeitigkeit von Tabuisierung und Reproduktion.⁴⁰

Nach 1945 war die gesellschaftliche Erinnerung an den Nationalsozialismus in Deutschland vielfach von Verdrängung und Abwehr geprägt. Zugleich wurden explizit antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit zunehmend tabuisiert und sanktioniert. Antisemitische Einstellungen verschwanden jedoch nicht automatisch mit dem Ende des Nationalsozialismus. Vielmehr konnten sie in Teilen der nun postnazistischen Gesellschaft fortbestehen und sich weiterentwickeln, gerade vor dem Hintergrund einer über lange Zeit nur mangelhaft geführten öffentlichen Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Schoa und der Beteiligung vieler Deutscher an ihr. Antisemitische Narrative, Erzählungen oder auch strukturell

40 Wolfram Stender (2011): Ideologische Syndrome. Zur Aktualität des sekundären Antisemitismus in Deutschland. In: Markus Brunner, Jan Lohl, Rolf Pohl, Sebastian Winter (Hrsg.), Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus. Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 228.

antisemitische Denkmuster wirkten so in den kollektiven Weltbildern weiter und wurden von Generation zu Generation überliefert. Chiffrierte Kommunikationen bieten dem antisemitischen Ressentiment die Möglichkeit, verschleiert zu wirken, um die allzu offene Artikulation von Antisemitismus zu umgehen. Die Aufgabe der Dokumentation besteht darin, sowohl explizite als auch implizite, verschleierte Formen von Antisemitismus zu erfassen und die fließenden Übergänge zwischen diesen Erscheinungsformen sowie übergreifende Entwicklungen und Trends offenzulegen.

Ein weiterer zentraler Bestandteil der Arbeit liegt in der kontinuierlichen Tätigkeit innerhalb der jüdischen Community. Das aufgebaute Vertrauen und die Bekanntheit der Stelle haben unmittelbare Auswirkungen auf die Anzahl der gemeldeten Vorfälle sowie auf die Aussagekraft und Validität der erfassten Daten.

Wie wichtig die regionale Verankerung einer Meldestelle für die Nachhaltigkeit ihrer Ergebnisse ist, lässt sich aus der über 30-jährigen Expertise des britischen Community Security Trust (CST) in der Bearbeitung antisemitischer Vorfälle ablesen. Die Erfahrung des CST, der bereits in den 1990er Jahren seine Arbeit aufnahm, zeigt, dass erst nach ca. fünf Jahren eine regionale Dokumentationsstelle aufgebaut ist. Erst ab diesem Zeitpunkt sind der erforderliche Bekanntheitsgrad und das nötige Vertrauen in den jüdischen Communitys erreicht. So hat auch RIAS weiter die Entwicklungsaufgabe, das Dunkelfeld des Antisemitismus zu erhellen, Antisemitismus aus der Perspektive der Betroffenen zu dokumentieren und die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft für das Phänomen zu sensibilisieren.

Monitoring und Berichterstattung, Prävention und Bildung

Das Ziel von RIAS ist es, die vielfältigen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Betroffenen von Antisemitismus sichtbar zu machen. Dies geschieht durch die regelmäßige Berichterstattung über antisemitische Vorfälle in Niedersachsen. Hierfür ist eine niedrigschwellige Erfassung der Geschehnisse entscheidend. Auch Vorfälle, die unterhalb der Grenze zur Straftat liegen, werden als relevant verstanden und in das RIAS-Archiv aufgenommen, wissenschaftlich kategorisiert und analysiert. RIAS Niedersachsen führt in Absprache mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ein systematisches Monitoring mit journalistischen Mitteln von Versammlungen durch, die in ihrem geographischen Zuständigkeitsbereich liegen und bei denen angesichts vergangener Veranstaltungen bzw. durch die inhaltliche Ausrichtung eines Aufrufs explizite oder implizite antisemitische Äußerungen zu befürchten sind.

Die Dokumentation dient zudem der Weiterentwicklung von Handlungskonzepten zur Präventions- und Bildungsarbeit, durch die die Gesellschaft für Antisemitismus sensibilisiert werden soll.

Dies geschieht auch im Kontext des Bundesverbands RIAS e.V., über den RIAS Niedersachsen sich regelmäßig mit anderen Meldestellen austauscht und abspricht, wie etwa zu Fragen der Kategorisierung oder Beratung in konkreten Fällen.

Für Betroffene bietet RIAS zudem eine Verweisberatung. Falls gewünscht, werden Ratsuchende an kompetente psychosoziale, Antidiskriminierungs- oder Opfer-Beratungsstellen vermittelt. Der Vertrauensschutz steht hierbei immer an erster Stelle. Dies bedeutet, dass die Betroffenen entscheiden, wie mit den gesammelten Informationen verfahren wird. Diesem Prinzip folgt auch der hier vorgelegte Bericht.

Begrifflicher Rahmen und Kategorien



Die zur Einordnung der Vorfälle verwendeten Kategorien wurden vom britischen Community Security Trust (CST) übernommen und von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) RIAS verwendet RIAS Niedersachsen dieselben Kategorien. Dies sichert die Transparenz und Vergleichbarkeit der Arbeit der regionalen Meldestellen.

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Niedersachsen im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter*innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Formen, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Niedersachsen zu treffen.

Im Folgenden werden der begriffliche Rahmen sowie die von RIAS Niedersachsen verwendeten Definitionen vorgestellt, um den Leser*innen die darauf aufbauenden Analysen nachvollziehbarer zu machen. Entsprechend diesen Kategorien werden auch antisemitische Vorfälle, die von der Polizei oder

Justiz nicht als strafbar erachtet werden, systematisiert und ausgewertet.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Niedersachsen an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Niedersachsen neben der IHRA-Definition zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.

RIAS Niedersachsen analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle die folgenden verschiedenen Kategorien: Vorfalltyp, Gruppen von Betroffenen, Ort des Vorfalls, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschaulicher Hintergrund der sich antisemitisch Äußernden oder Handelnden.

Vorfalltypen

RIAS Niedersachsen unterscheidet je nach Art und Schwere sechs verschiedene Vorfalltypen.

Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie umfasst auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt ebenfalls die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z.B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung

von Gewalt. Unter **verletzendem Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen erfasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt ebenfalls für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese sich direkt gegen eine konkrete Person oder Institution wenden. Als verletzendes Verhalten gelten desgleichen Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften dokumentiert, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – dies geschieht meistens online. RIAS Niedersachsen erfasst zudem auch proaktiv Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das beinhaltet Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring betrifft jedes Jahr zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall des Typs verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer solchen Versammlung außerdem zu antisemitisch konnotierten Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils zusätzlich als eigenständige antisemitische Vorfälle registriert.

Betroffene

RIAS Niedersachsen unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen*Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist*innen oder Politiker*innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen kann es sich einerseits um religiöse und weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen handeln. Andererseits können

aber auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie andere als jüdisch wahrgenommene oder adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Solche Institutionen zählen pro Vorfall als ein Betroffener, bei Individuen erfasst RIAS Niedersachsen dagegen die genaue Anzahl betroffener Personen. Es gibt zudem zahlreiche Vorfälle, denen RIAS Niedersachsen keine direkten Betroffenen zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Niedersachsen bei der Erfassung von Vorfällen fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im **Antisemitischen Othering** werden Jüdinnen und Juden als fremd oder nicht-zugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. **Antijudaistischer Antisemitismus** beschreibt die Verbreitung religiös begründeter Stereotype, etwa des Vorwurfs, Jüdinnen*Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen*Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, so wird dies dem **Modernen Antisemitismus** zugerechnet. **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. **Israelbezogener Antisemitismus** liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.

In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Niedersachsen klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalls. Diese Zuordnung erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Da eine solche Zuordnung nicht immer möglich ist, werden viele antisemitische Vorfälle aufgrund fehlender oder unzureichender Informationen keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet. Bei einer Zuordnung unterscheidet RIAS Niedersachsen sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Dabei ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen bzw. dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellung von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft. Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Er bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Rechtspopulismus fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die eine scharfe Distanzierung von (vermeintlichen) politischen Eliten reklamiert, sich aber dabei zumindest formal von rechtsextremen Positionen und Akteur*innen abgrenzt.

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der handelnden Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter **christlich/christlichem Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums) und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, darunter auch islamistische.

Einem **verschwörungsideologischen Milieu** werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Vordergrund steht und kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Auch für den **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass sich die Akteure mitunter nicht eindeutig politisch zuordnen lassen: Hier dominiert die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer politischen Positionierung z.B. im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählt RIAS Berlin beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen und Aktivist*innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

Datengrundlage



Ein großer Teil der hier analysierten Vorfälle wurde RIAS Niedersachsen direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de mitgeteilt. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle durch E-Mails, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen sowie Presseberichte. Antisemitische Anfeindungen gegen zivilgesellschaftliche, jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Organisationen mit Sitz in Niedersachsen werden regelmäßig abgefragt und RIAS Niedersachsen gemeldet.

Für mehrere Vorfälle war das projekteigene Monitoring von Medien und Veranstaltungen die Quelle. Darüber hinaus fließen in diesen Bericht auch Erhebungen und Beobachtungen von zivilgesellschaftlichen Projekten und Vereinen ein, die in den Bereichen Beratung bei und Prävention von Antisemitismus tätig sind: die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBT), die Betroffenenberatung Niedersachsen, die Beratungs- und Interventionsstelle für Betroffene von Antisemitismus OFEK e.V., die Amadeu Antonio Stiftung, Orte der Erinnerung und andere zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Bündnis gegen Antisemitismus in Oldenburg oder in Göttingen. Zum dritten Mal wurde in diesem Bericht die Statistik antisemitischer Straftaten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) des Landeskriminalamts, bereinigt von Dopplungen, berücksichtigt.

[RIAS Niedersachsen geht weiterhin von einem großen Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter antisemitischer Vorfälle aus.](#)



Report Antisemitism !

Contact us if you are affected by antisemitism or are a witness to antisemitic incidents!

Our service is confidential, anonymizing, and we stand unequivocally at the side of those affected.

Сообщите об антисемитском инциденте !

Свяжитесь с нами, если Вы столкнулись с антисемитизмом или являетесь свидетелем антисемитских инцидентов!

Наша работа конфиденциальна, анонимна и мы на стороне потерпевших.

Antisemitismus melden !

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von Antisemitismus betroffen oder Zeug*in von antisemitischen Vorfällen sind.

Wir arbeiten vertraulich, anonymisierend und parteilich.

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite report-antisemitism.de oder per E-Mail an info@rias-niedersachsen.de oder an die Mobilnummer **0159 / 06 43 21 44** mitteilen.

 facebook.com/RIAS.NDS

 instagram.com/rias.nds

 www.rias-niedersachsen.de

You can share your experiences and observations of anti-Semitic incidents via the reporting site report-antisemitism.de or by e-mail to info@rias-niedersachsen.de or to the mobile number **0159 / 06 43 21 44**

 facebook.com/RIAS.NDS

 instagram.com/rias.nds

 www.rias-niedersachsen.de

Вы можете поделиться своим опытом и наблюдениями о антисемитских инцидентах на сайте report-antisemitism.de или по электронной почте info@rias-niedersachsen.de или на мобильный номер **0159 / 06 43 21 44**

 facebook.com/RIAS.NDS

 instagram.com/rias.nds

 www.rias-niedersachsen.de

Unsere Angebote:

- ▶ Vertrauliche Annahme von Meldungen antisemitischer Vorfälle
- ▶ Unterstützung bei Anzeigenstellung
- ▶ Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (juristisch, psychologisch, politisch sowie Betroffenenberatung)
- ▶ Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation der Erfahrungen
- ▶ Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle

- ▶ über die Meldeseite report-antisemitism.de,
- ▶ per E-Mail an info@rias-niedersachsen.de
- ▶ oder die Mobilnummer 0159 06 43 21 44 mitteilen.



Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen (RIAS Niedersachsen)

Prinzenstraße 14

30159 Hannover

facebook.com/RIAS.NDS

[Instagram.com/rias.nds](https://instagram.com/rias.nds)

RIAS Niedersachsen wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durch das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (L-DZ) und aus Mitteln des Niedersächsischen Justizministeriums durch das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte gefördert.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Landespräventionsrat
Niedersachsen



landes-
demokratiezentrum
niedersachsen



Niedersächsisches
Justizministerium

Werden Sie aktiv gegen Antisemitismus!

Wer wir sind

Die Amadeu Antonio Stiftung, 1998 gegründet, wurde nach Amadeu Antonio benannt. Antonio wurde 1990 von Neonazis aus rassistischen Motiven getötet. Er ist eines von mehr als 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland seit 1989/90. Die Amadeu Antonio Stiftung steht für eine demokratische Zivilgesellschaft – und gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Konsequenz!

Was wir wollen

Unser Ziel ist eine Welt ohne Hass – ob aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe, Geschlecht(sidentität) oder Religion. Eine Welt ohne Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung und Gewalt. Eine Welt ohne Nazis und Rechtsextreme jeglicher Couleur. Und vor allem: eine Welt der Gleichwertigkeit und Demokratie – ohne Wenn und Aber.

Das ist kein einfaches Ziel. Aber ein wichtiges. Deshalb arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung auf mehreren Ebenen, damit aus dieser Vision Realität wird. Die Arbeit der Stiftung fällt in fünf Bereiche, die einander ergänzen: Unterstützung von Betroffenen, Projektförderung, Forschung, Information und Campaigning.

Was wir tun

- ▶ Wir unterstützen Betroffene anti-semitischer, rassistischer und rechter Gewalt finanziell – etwa mit dem Opferfonds CURA oder dem SHEROES-Fund.
- ▶ Wir fördern bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen. Besonders im ländlichen Raum.
- ▶ Wir forschen und monitoren zu den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Fachwissen, das in Studien, Broschüren und konkrete Forderungen einfließt.
- ▶ Wir sorgen dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben: durch Pressearbeit, Social Media oder Artikel auf *Belltower.News*, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Aber auch durch konkrete pädagogische Arbeit und (Fort-)Bildung für Multiplikator*innen.
- ▶ Wir setzen uns dafür ein, dass die Perspektiven von Betroffenen rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt oben auf der Agenda bleiben – ob auf der Straße oder im Bundestag.

Was Sie tun können

Es beginnt mit Ihrer Spende. Denn Spenden sind ein essentieller Bestandteil unserer Finanzierung. Und jede Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit unserer Arbeit. Damit wir uns weiterhin gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagieren können. Zusammen. Seien Sie dabei!

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/spenden-und-stiften>



Mitglied im



**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**



Der Stiftung spenden

Amadeu Antonio Stiftung
GLS Gemeinschaftsbank eG
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

Bitte geben Sie im Zuge der Überweisung eine Adresse an, um eine Spendenbescheinigung erhalten zu können.

Der Jahresbericht 2025 von RIAS Niedersachsen verzeichnet einen weiteren Anstieg antisemitischer Vorfälle. Antisemitismus tritt zunehmend im Alltag auf und prägt das Sicherheitsgefühl Betroffener. Besonders dominant bleibt der israelbezogene Antisemitismus, der sich seit dem 7. Oktober 2023 verstärkt zeigt: Ereignisse im arabisch-israelischen Konflikt wirken als Katalysator für bestehende Ressentiments. Antizionismus dient dabei häufig als Code, etwa durch pauschale Schuldzuweisungen an Jüdinnen und Juden. Zugleich verschmelzen verschiedene Erscheinungsformen wie israelbezogener Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus und antisemitisches Othering. Antisemitische Vorfälle finden vermehrt im öffentlichen Raum, in Bildungseinrichtungen und online statt. Insgesamt deutet dies auf eine quantitative Zunahme und eine qualitative Verankerung in der Gesellschaft hin, bei zugleich hohem Dunkelfeld nicht gemeldeter Fälle.